

Die Arbeiter haben nichts zu verlieren als ihre Ketten, aber eine Welt zu gewinnen!

Der neue

V. b. b. Preis 12 Groschen

# MAHRUS

Organ der Kommunistischen Linksoption

2. Jahrgang

Wien - Graz, Februar 1931

Nummer 4

## Der 25. Februar ein Kampftag.

20 Millionen arbeitsfähige Proletarier hungern und frieren, aber in der „sozialistischen“ kapitalistischen Ordnung werden Güter verdirbt. Amerika und Ägypten verbrennt Baumwolle: in den Vereinigten Staaten werden Jugladungen von Weizen verbrannt, weil er billiger ist als Kohle; in Brasilien wurden 400 Millionen Kaffeestauder verdirbt; in Sibirien pflückt man von jeder Tee- und Kakaopflanze nur 2 statt 3 Blätter, um die Ernte um 75 Millionen Pfund zu verringern usw.

Vohrraub in allen kapitalistischen Ländern. Seit Wochen streifen in Lancashire 300.000 Textilarbeiter.

In Oesterreich plant nach dem gelungenen Schlag bei der Alpine, Herr Serafini die Reduzierung der Gehälter der Eisenbahner um 12 bis 20 Prozent. Der Hauptverband der Industrie fordert, trotz der in den Betrieben schon massenhaft vor sich gegangenen Lohn- und Arbeitsreduzierungen, einen generellen Lohnabbau.

International ist die Krise, international die Unternehmerrückbildung, international der Massen Hunger, daher muß das Proletariat, müssen die Arbeitlosen

international

den Abwehrkampf führen. Die kommunistische Linksoption fordert die Arbeiterschaft auf, am 25. Februar mit der kommunistischen Partei den Kampf für folgende Forderungen zu führen:

Ein Notopfer der Beschneidung, eine Vermögensabgabe, die Verstaatlichung der druckvermittelnden Betriebe der Druck-, Papier-, Holz- und Buchbinderei ist und, muß erlassen werden.

Wirtschaftliche Entzweiung des Großgrundbesitzes und freie Aufstellung unter die Diktatur und Landarbeiter.

Mit den Mitteln dieser Forderungen muß die Arbeiterschaft unter Kontrolle des Proletariats durchgeführt werden. Aus diesen Mitteln muß die Elektrifizierung, der Straßen- und Wohnungsbau vor sich gehen.

## Wohin führt die „Wendung“ des ZK. die Kom. Partei!

R. D. Unter den Schlägen der Niederlagen, die die Politik des ZK. unserer Partei zufügte, und unter dem Druck der Kritik der Linksoption hat das ZK. eine „Wendung zur Massenarbeit“ vollzogen. „Diese Wendung ist keine Wendung in der Linie der Partei. Es ist aber eine sehr ernsthafte und grundlegende Wendung im Sinne des wirklichen Kampfes und der Durchführung der Massenarbeit.“ So kommentiert die „MZ.“ vom 18. Jänner die Beschlüsse des Erweiterten Zentralkomitees.

Wirtschaftskrisen mit Sozialkrieg, weitgehende staatliche Kredithilfe für Ausland.

Sofortige Aufhebung aller Kürzungen der Notstandsunterstützung der Aussteuerungen: Überführung der Notstandsunterstützungsbezieher und Arbeitslosenempfänger in die gesetzliche, ordentliche Arbeitslosenunterstützung.

Arbeitslosenunterstützung für alle Arbeitslosen, ohne Rücksicht auf Staatszugehörigkeit, Alter, Geschlecht und auf die Dauer der Arbeitslosigkeit. Einbeziehung der Landarbeiter und der gesamten Hocharbeiter sowie der Hausgehilfinnen und der Heimarbeit in die Arbeitslosenunterstützung. Sofortige Durchführung der Altersversicherung und Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung.

Keine Entlassungen keine Betriebsstillegungen, keine Arbeitslosigkeit. Weg mit den Überflüssigen und dem Alford.

Siebenstundentag bei vollem Lohn für Jugendliche und für Arbeiter in gesundheitsgefährlichen Betrieben Einführung des Sechstundentages.

Wegen Lohnabbau, für Erhöhung der Löhne, für den Abbau der Gehälter der Direktoren und hohen Beamten.

Für die revolutionäre Einheitsfront im Kampf gegen das bankrotte kapitalistische System, gegen Unternehmerrückbildung und Inflation.

### Arbeitsziele.

Ihr müßt handeln. Ihr seid die Leiter der bankrotten Gesellschaftsordnung. Erhebt am

25. Februar um 3 Uhr

nachmittags am Vendoblog. Erhebt in Massen und gebt euren Willen kund.

Wider mit dem bankrotten Kapitalismus!

So leben der revolutionäre Kampf um

Freiheit — Arbeit und Brot.

Es bleibt die Theorie vom Sozialismus (obwohl sie jetzt geraumer Zeit nur mehr alibihaft in den Spalten der „MZ.“ zu finden ist), es bleibt die lächerliche und inhaltlose These „in Oesterreich herrscht die tschechische Diktatur“ (auch diese These wird nur zur Rehabilitierung der vergangenen „Periode“ aufrechtgehalten) und es bleibt, wenn auch mit einer gewissen Meierde, der ultralinke Gewerkschaftskurs, der von den „linken Sekretären“ im Sinne der vergangenen „Periode“ mit allen Konsequenzen vertreten wird.

Worin besteht nun das „Ernsthafte und grundlegend Neue“? Vor allem in der Lösung: „Praktische Einstellung der gesamten Partei auf die Verteidigung der Tagelöhner-

essen der Arbeiter... Organisation und Führung von Kämpfen für Teilforderungen...“

Das ZK., das im Dezember 1929 mit dem Gedanken der Machteroberung spielte und jedem, der gegen dieses Abenteuerum seine Stimme erhob, als Sozialfaschisten bekämpfte, beschränkt sich in der Zeit der Katastrophenkrise des Kapitalismus, die objektiv zur Krise der Klassenherrschaft des Kapitals heranreift, nur auf Tageslösungen und begnügt sich damit, für Teilforderungen selbständig (!) Teilkämpfe zu organisieren.

Dem Aktionsprogramm das an sich, zum Unterschied von früher, gute Forderungen enthält fehlt jeder wirkliche revolutionäre Inhalt. Es fehlt dem ZK. überhaupt jede revolutionäre Strategie. Mit rechten Dremelstücken hofft man den ultralinken Kurs von gestern im Zaume zu halten und überlebt dabei völlig, daß diese Dremelstücke der revolutionäre Mission der Partei koppen. Von der hysterischen Phrasologie verfallt die Parteibürokratie in den Organisationskoller und erhofft sich (wie oft schon?) durch Organisation von Einzelkämpfen und den mannigfaltigsten Komitees den bei den Wahlen verlagten „Durchbruch der Front“ zu den Massen.

Das zentrale strategische Ziel (weder das ZK. noch das erweiterte ZK. hat diese Frage gestellt) in der gegenwärtigen Periode muß die Propagierung und Auslösung von Massenkämpfen sein. Gerade der Reformismus ist es, der unter dem Druck der Arbeiter oder überführt durch spontane Ausbrüche der Massenempörung alles tut, um diesen Kämpfen den vrellischen (ja sogar abzweilungswelien) Charakter beizubehalten und sie in ihrer Isoliertheit mangelsäufig zur Niederlage verurteilt. Und die Aufgabe der Kommunisten, respektive der NSD., darf es nicht sein, dieser Taktik des Reformismus, wenn auch mit revolutionären Absichten, das Wort zu reden, wie es die Thesen des EZK. tun, sondern muß sein, unermüdllich zu vertreten den Gedanken des revolutionären Massenkampfes: Gegen das Monopol- und Trustkapital, gegen Faschismus und Reaktion kann der Kampf erfolgreich nur geführt werden durch die geschlossene Front des vom revolutionären Geiste und Willen durchdrungenen Proletariats.

Damit soll zum Ausdruck gebracht werden, daß die Kommunisten die selbstverständlichen jeden Kampf der Arbeiterklasse unterstützen - gerade an Hand der Erfahrung der isolierten Kämpfe auf die Notwendigkeit des Massenstreiks hinweisen.

Aber diese zentrale Aufgabe der Partei zu erfüllen vermag nur eine richtige Einschätzung der politischen und wirtschaftlichen Lage und die Aufstellung von solchen Uebergangsforderungen (nebst den Teilforderungen und Tagesaufgaben), die eine Antwort geben auf das grundlegende Problem der Krise: Arbeit und Brot!

Und gerade auf diese Frage gibt die Partei, respektive das Aktionsprogramm, keine Antwort. Nur schwächern spricht das Aktionsprogramm von „Arbeitsbeschaffung durch Bund, Länder und Gemeinden“. Auf wessen Kosten diese vor sich gehen soll, daß steht offenbar in den Sternen geschrieben. Damit wird aber auch die prinzipielle Frage, die Revolutionäre aufröhlen müssen, völlig umgangen: die Frage der endgültigen Lösung der Krise durch die Klassen: Entweder Barbarei oder proletarische Revolution!

Um aber die großen, breiten Massen durch die eigene Erfahrung von der Unmöglichkeit der Lösung der Krise im Rahmen des bürgerlichen Staates zu überzeugen, bedarf es der Kutröhlung gerade: der prinzipiellen Seite des Problems: Krise der kapitalistischen Klassenherrschaft. Und da gibt es jene Forderungen zu stellen, die einerseits den breiten Massen - selbst im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft - einen vorübergehenden Weg zeigen, um die Krise auf Kosten der Besitzenden zu lindern, dem Proletariat

Arbeit und Brot geben und andererseits das Proletariat im revolutionären Kampfe um diese Forderungen durch jene unvermeidlich notwendige Schule der revolutionären Erfahrung führen, die dem Proletariat lehrt, daß der endgültige Ausweg aus dem Chaos nur im revolutionären Sturm des Kapitalismus liegt. Oder hat das ZK. aus Gründen, die es aus der Verteidigungstheorie ableitet, auf die Stellung solcher Forderungen verzichtet? Die diesbezüglichen Forderungen bringen wir seit gestern an der Spitze unseres Blattes Num. d. Red.

Gerade jetzt, wo die Partei die Perspektive der revolutionären Lösung der Krise des Kapitalismus in der stärksten Form stellen mußte und durch Agitation, Propaganda den objektiv revolutionären Charakter der Periode darlegen sollte, bezieht die Partei unter der Ähthung seines bankrotten ZK., das sein Leben nur von Stalins Gnaden fristet, die Position der Weichen.

Und gleich, meldet sich unerwartet dem ZK. ein Bundesgenosse. Der alte Opportunist Arey, der aus fraktionell-opportunistischen Erwägungen sich nie herbeizulassen hätte, ist; ein Aktionsprogramm der Partei vorzuschlagen verlegt in Wonne und beifit sich, in seinem Organ (Nr. 68) dem ZK. weitere Ratschläge in dieser Richtung zu erteilen, wobei er aber ob der neuen Wendung ein gewisses Mißtrauen nicht hinzuzuhalten vermag, denn er fñhlt instinktiv, ein konsequent opportunistischer Kurs wäre nur unter seiner Ähthung möglich.

Die Linksoption wird, die Halbheiten und Wechsellagen dieser „Wendung“ aufziehend, die Aktion der Partei am 25. Februar aktiv unterstützen.

## Der Pilsudski-Reichstag.

Wie haben die sozialdemokratischen Mätrier das Scheinparlament Pilsudskis verhöhnt und angepörrangert. Und jetzt hat die deutsche Sozialdemokratie als Ganzheit ihrer Lafaienrolle Herrn Brünnling, dem Zeipel Deutschlands, mit ihren Stimmen dazu verholfen, den Reichstag ganz in die Hand der Regierung auszuliefern.

Die Geschäftsordnung des Reichstages wurde nach der Maulkorbgeschäftsordnung des Pilsudski-Zejm mit den Stimmen der Sozialdemokraten beschlossen. Darnach dürfen keine Interpellationen mehr gestellt werden, die eine Kritik der Regierung enthalten: es bleibt der Regierung vorbehalten, ob sie Interpellationen zuläßt oder nicht; dem Reichstagspräsidenten wird die schrankenlose Ordnungsgewalt in die Hand gegeben, um jede ernsthafte Opposition zu erdröckeln, und der Regierung wird das Recht gegeben, einschneidende Finanzmaßnahmen ohne Petragen des Reichstages durchzuführen. Damit ist der Reichstag zum Jafager des Diktaturregimes des Finanzkapitals geworden. Faktisch lebr der Reichstag nur dem Namen nach, das Regime führt Brünnling. Die Sozialdemokratie ebnet dem Faschismus den Weg...

### Wichtiges und Absonderliches:

Ab Dienstag, den 17. Februar finden jeden Dienstag um halb 8 Uhr abends im Gasthaus Volksgarten, Sigmundstadt 1, Bildungskurse statt. 1. Thema: Wie gelangen wir zum Sozialismus? Genossinnen und Genossen! Besucht die Kurse zahlreich.

### Rechtswahlkämpfe für Arbeitslose.

Ab 23. Februar finden täglich von 3 bis 6 Uhr nachmittags in der Wienerstraße 61/7 (Gasthaus) Rechtswahlkämpfe für Arbeitslose statt. Auch Berichte für den „Wahnwitz“ werden entgegengenommen.

# Was uns Arbeiter schreiben.

## Die arbeitslosen Frauen sind an der Reihe.

Die JWA. Graz führt das, was die JWA. Wien ab 1 März, tun wird, wenn auch in verfechter Weise, planmäßig durch. Besonders bei den Frauen wirkt die „Sparwut“ Der geringste Anlaß oder Vorwand genügt, um den Frauen die Unterstützung einzustellen. Bezieht der Mann oder Lebensgefährte einen Lohn von 20 bis 30 Schilling oder eine Rente, so ist der Vorwand zum Unterstützungsentzug schon gegeben. Nimm die Frau nicht jede Arbeit, ob sie dazu körperlich und gesundheitlich geeignet ist oder nicht, nicht an oder ist sie wegen des Hungerlohnes nicht in der Lage, die Arbeit anzunehmen, wird die Unterstützung entzogen. Hat eine Frau nur eine kurze Beschäftigungszeit aufzuweisen, wird ihr, unbeschämlich um die gesetzlichen Bestimmungen, die Unterstützung verweigert. Geradezu haarsträubend ist es, was sich die JWA. mit den Bestimmungen bezüglich des „gewerblichen Berufes“ erlaubt. Er ist wahrhaft nur der Lammgebuld der Arbeitslosen zuzuschreiben, daß diese Zustände noch nicht die helle Empörung ausgelöst haben.

Den arbeitslosen Frauen sei es gesagt, so sehr sie klagen, ihnen kann nicht geholfen werden solange sie sich nicht einreihen in die revolutionäre Kampffront. Am 25. Februar gilt es, gegen diese Zustände zu demonstrieren.

### Eine denkende Frau.

## Die Zustände bei der Heizung in Graz.

Am 10. Februar mußten die Arbeitslosen trotz der grimmigen Kälte stundenlang warten und frieren. Die Arbeitslosen forderten in erregten Debatten die Abschaffung dieser Zustände. Sie stellten die Forderung auf, die „Kommunisten sollen Mode machen“. Hier Mode machen, das können nur die gesamten Arbeitslosen, indem sie einfach es nimmer dulden, stundenlang zu warten bis ein Hüter der Ordnung ihnen Einlaß gewährt. Sie müssen Deputationen wählen, deren Aufgabe es ist, die Reorganisation des gesamten Auszahlungswezens bei den kompetenten Stellen zu fordern. Was in Wien ist, muß auch in Graz möglich sein. In Wien nimmt die eigentliche Einreichung und Auszahlung der Unterstützung zwei Minuten Zeit in Anspruch, je nach dem, ob mehr oder weniger Leute vor dem Schalter stehen. Die ganze Auszahlung ist in höchstens 5 Minuten erledigt. Man muß fordern, daß diese Methode auch in Graz eingeführt wird. Das ist natürlich nur durch Kampf zu erreichen. Mit dem Reformieren und Schimpfen ist noch nichts erreicht worden. Daher muß am 25. Februar ... die Frage aufgerollt werden.

### Ein Arbeitsloser.

## Stohlenbergbau Strauß u. W. Stollgrube.

In dieser Grube haust der im Schikanieren talentierte Herr Wacker als Betriebsleiter.

Ist beim Wackern der Hund ein Laub (Frei) zu finden, so wird der Kumpel mit einem Schilling bestraft. Während des Anfüllens der Hunde ist es den Kumpels wegen der schlechten Beleuchtung unmöglich, es zu sehen, wenn vom Kirken ein Laub herunterfällt. So wird den Kumpels das schwer verdiente Geld aus der Tasche gezogen.

Aber auch hintergangen wurden wir um unser blutig verdientes Geld. Bei den Stücktholen hat man per Hund nur 500 bis 550 Kg. geschätzt. Jetzt wird auf Verlangen der Arbeiterkass' jeder Hund gewogen und da stellt sich heraus, daß das Gewicht eines Hundes 600 bis 620 Kg. beträgt. Per Sicht haben wir 600 bis 700 Hund gefördert. Jeder kann sich ausrechnen, um wieviel Schilling Lohn wir zu wenig erhalten haben.

### Ein Kumpel.

## Jesus Christus oder Karl Marx?

Die so betitelt Broschüre des früheren Nationalratspräsidenten Gürler findet die besondere Anerkennung im „Arbeiterwille“. In einem drei Spalten langen Artikel erörtert die Redaktion dieses Blattes diese Broschüre und kommt zu dem sonderbaren Schluß: diese Broschüre sollte eigentlich den Titel „Jesus Christus und Karl Marx“ führen. Denn nur in Verbindung des wahren Christentum mit dem Marxismus, so argumentiert die Redaktion des sozialdemokratischen Blattes, könne die kapitalistische Hölle überwunden werden. Mit anderen Worten: Man gebe dem Proletariat nebst der sozialdemokratischen Schlaftmütze die das Denken ausschaltet, noch den Rosenkranz und die soziale Revolution wird sich selbständig zur größten Zufriedenheit aller vollziehen.

Tiefer in den Sumpf geht es nimmer.

### Ein alter Sozialist

Wenn wir keinen Mieterklub haben werden.

Zonntag, den 25. Jänner kam mir zufällig die „Kleine Zeitung“ in die Hand und da stand folgende Annonce:

### Wohnungstausch

#### 3 sozialdemokratische Wohnparteien

möchten gegen christliche Wohnungsnnehmer umtauschen. Zahle beim Umtauschen jeder Partei 100 S. Hausbesitzer. Miengasse 34.

Jetzt will dieser kleine Hausherr auf diese Weise die aufrechten Proleten los haben, was aber dann, wenn die letzten Schranken des Mieterklubs gefallen sind? Bekanntlich fordern die Hausherren bis 1932 das vollständige Fallen des Mieterklubs. Und wie wir aus Erfahrung wissen, kapitulieren „unsere“ Abgeordneten in jeder Frage. Da hilft nur eines. Die Mieter müssen selbst im revolutionären Kampfe ihr Recht erkämpfen.

### Ein Metallarbeiter

## Friedenler-Generalsversammlung.

Am Freitag, den 16. Jänner, um halb 8 Uhr fand von der Friedenler-Gruppe links Murser die Generalversammlung statt. Als Mitglied ging ich mit der Versammlung anhören. Zu meiner Überraschung mußte ich hören, daß der Beitrag von 40 auf 50 Groschen erhöht wurde. Ob das zum Gewinnen von Mitgliedern beitragen wird, daran zweifle ich; denn man kann schon mit dem alten Beitrag nicht mehr mit. Unter Punkt Allgemeines meldeten sich einige Genossen mit der Anfrage an den Referenten, wie es zwischen der JWA. und unseren russischen Genossen zur Spaltung kam. Lösch, konnte darauf keine Antwort geben und stammelte nur, daß er sich erst mit Gen. Prof. Harwigier „ansprechen“ und dann in einer Mitgliederversammlung darüber Bericht erstatten werde. Wir sind wirklich neugierig, ob sich die Reformisten mit der Wahrheit herausrauen. Auch an den fünfprozentigen Sozialisten (Keltgilde Sozialisten) wurde Kritik geübt, die von den Mitgliedern mit Beifall aufgenommen wurde. Man kann daraus ersehen, daß die Friedenler in ihrer Mehrheit links eingestellt sind und mit den Reformisten nicht einverstanden sind.

Eigentümer: Anton Koch, Metallarbeiter, Graz, Ainfengasse 3. Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Karl Daniel, Metallarbeiter, Wien, 3. Bez., Gartengasse 1. Verleger: Hans Thoma, Holzarbeiter, Wien, 2. Bez., Rastaberggasse 24. (Im Auftrage der komm. Linksoption.) Druck: „Austria“, Wien, 2. Bez., LaborstraÙe 52b.

# Ein schauriges Bild des Kapitalismus.

Gewerbeinspektorenbericht vom Jahr 1929.

## Die Auli des Kapitalismus.

Erfollos ist die Lage der Arbeiterchaft, aber den Zuständen in China oder Indien gleicht die Lage der Heimarbeiters und Heimarbeiterinnen.

Selbst der amtliche Bericht kommt zu folgenden Ergebnissen:

„Die zahlreichen Revisionen in den Heimarbeitersbetrieben und Heimarbeitersstätten im gesamten Bundesgebiet ergeben ein ebenso umfassendes als trauriges Bild.“

Gewerbe-Inspektorat Wien:

„Bei der Erzeugung von Zigarettenpapierhüllen, die deren kleinen Feig der Papierkonfektion darstellt, wurde von der 8-10stündiger Arbeitszeit Tagesverdienst von G. 2.- erzielt.“

Bei Heimarbeitersinnen, die Haare erzeugen, können mehr als 20 Groschen in der Stunde verdient werden.“

Der Bericht stellt ferner fest, daß sich die Verhältnisse der Heimarbeiters gegenüber 1928 erheblich verschlechtert haben. In sehr vielen Fällen werden Heimarbeitersinnen nicht zur Krankenversicherung angemeldet.

Was der Bericht über die Lohnverhältnisse sagt, ist nicht neues. Dennoch zitieren wir die amtlich festgestellten Tatsache, daß „von einer günstigen wirtschaftlichen Lage der Arbeiterchaft im allgemeinen insoweit nicht gesprochen werden kann, als einzelne Arbeiterkategorien immer noch Löhne beziehen, die weit unter dem Existenzminimum liegen.“

Wir wissen, daß nicht bloß „einzelne Arbeiterkategorien“, sondern breite Massen der Arbeiterchaft Lebens bekommen, die unter dem Existenzminimum liegen.

Trotzdem erleben wir seit 1929 eine direkte und vor allem indirekte Lohn- und Arbeitsreduzierung. So meldet z. B. das Gewerbe-Inspektorat Prag:

„... in einigen Seidenspinnereien wurden Entlassungen von 5 bis 20 Prozent, in einer Baumwollweberei der einzigen Artikel solche bis zu 25 Prozent beobachtet.“

Widerlich und strapasslos ist das Kapital bei der Ausbeutung der Kinder und Frauen. Auf Seite 33 sagt der Bericht:

„In 21 Fällen wurde die Veranziehung von Kindern (unter 14 Jahren) in Betrieben festgestellt.“

Das Gewerbe-Inspektorat Burgenland berichtet:

„Auch im Berichtsjahr wurden Kinder in kleineren Betrieben bei gefährlichen, oft mit Lebensgefahr verbundene Arbeiten angetroffen. Besonders trag war ein Fall in einem Steinbruch, in dem das Material über eine 10 Meter hohe Kutsche in die Transportautos verladen wurde. Die Stodungen des angehäufte Steinmaterials in dieser Höhe wurden durch Kinder weit unter 10 Jahren gehoben, die in der Höhe stehend solange das Material mit den Füßen bearbeiteten, bis es wieder in Bewegung geriet.“

In Borsdorf berichten die Gewerbe-Inspektoren von „Harter Veranziehung selbst hochjähriger Frauen und sehr junger Mädchen“ zu Heimarbeiten.

Berner sagt der Bericht:

„Bei 121 männlichen und 36 weiblichen Lehrlingen wurde die Veranziehung zu nicht angemessener Arbeit und bei 8 männlichen und 2 weiblichen Jugendlichen, sowie 6 erwachsenen weiblichen Hilfsarbeiterinnen zu gefährlichen, beziehungsweise gesundheitschädlichen Arbeiten beanstandet. So vertenbete eine Wiener Wollwolleweberei einen 14-

jährigen Lehrling zum Transport eines mit Material im Gewicht von circa 560 Kilogramm beladenen Handwagens.“

Gewerbe-Inspektorat Wien-Umgebung:

„... So wurden in einer Seiderei zwei Lehrlinge unter 16 Jahren schon vor 5 Uhr morgens und in vier Seidereien 5 Lehrlinge im Alter von 15 Jahren bereits zwischen halb 2 und 3 Uhr nachts zur Arbeit herangezogen.“

So sehen die sozialen Urteigenschaften in der Praxis aus. Gibt es aufreizenderes Material gegen diese demokratische Ordnung, wo der Proletarier alle vier Jahre wählen darf, aber der Unternehmer bei Tag und Nacht selbst die gesetzlich gewährleisteten Rechte der Arbeiter mit den Füßen treten kann? Wo sind die Gewerkschaften, wo die Betriebsräte und Vertrauensmänner? Die Sozialdemokratie brüskt sich in Wien mit ihren zehntausenden Vertrauensmännern. Und in demselben roten Wien werden die Lehrlinge zur verbotenen Nachtarbeit herangezogen, werden die sozialen Gesetze nicht eingehalten. Wäre es nicht anders, wenn sich dieser Vertrauensmännerapparat in dieser Richtung hin betätigen möchte, statt sich mit dem Sammeln wertloser Unterschriften für das Volksgehren die Hände wusch zu waschen?

Wahrhaftig, dieser amtliche Bericht ist eine wichtige Anklage gegen dieses System. Würde die Arbeiterklasse daraus revolutionäre Konsequenzen ziehen. Dies ist das Feld, wo die revolutionäre Gewerkschaftsarbeit einsetzen muß, wo die KPD. beginnen muß, den Widerstand der Arbeiterchaft zu entfachen.

## Zum Fall Kernmayer!

Der Arbeiter-Stimme Nr. 88 veröffentlicht aus dem oppositionsständischen „Bund der International“ einen jeden politischen Aktions beschreibenden und die internationale Einsozialpolitik auf das schwerste kompromittierenden Artikel, in welchem die schwersten Verleumdungen gegen die Arbeitergruppe erhoben werden. Wenn wir darauf nicht antworten, so nur deshalb, weil uns die Interessen der Bewegung höher liegen als alle fraktionellen Evidenzen, mögen sie kommen von wo immer.

Wir erklären kategorisch, daß wir auch vor jedes Wort, das der „Arbeiter“ über die Rolle Kernmayer geschrieben hat, antworten werden. Wir haben aber auch zu dem, was über Kernmayer im „Arbeiter“ und in den letzten Wochen in der „Neuen Zeit“ zu lesen war, nichts hinzuzufügen.

Wir weisen alle Angriffe, die in diesem Zusammenhang gegen den Genossen Bauer gerichtet werden, auf das entsprechende zurück.

Der Arbeiterorganisation Graz der kommunistischen Einsozialpolitik.

## An die Abonnenten!

In dieser Nummer liegen die Erlagischeine bei Dir erjucken, den Abonnementsbeitrag mit diesem Erlagischein ebenfalls einziehenden. Wir haben die vom Staatsanwalt beschlagnahmte Broschüre zu zahlen. Gen. Thoma wurde wohl freigesprochen, aber die Verjagnahme bleibt aufrecht. Helft mit. Spendet Strafprekonda. Die Grazer Abonnenten mögen den Betrag bereithalten, damit unser Gen. Konrad, der die Beträge einliefert, nicht durch wiederholtes Wiederkommen überlastet wird.

Der Verwaltung.